Kommunisten zur Landwirtschaft. Auf unsere Vorbemerkung hin sah sich der Verfasser des Artikels, Herr Dr. B., veranlaßt, eine Berichtigung im „Bayerischen Bauernblatt" zu veröffentlichen. In Nr. 52 des Organs ist nun folgendes zu lesen:

„Sozialismus und Landwirtschaft.

In Nr. 48 des „Bauernblattes" habe ich unter obigem Aufschrift u. a. auch die Stellung der Kommunisten zur Landwirtschaft beleuchtet. Dabei habe ich geschrieben, daß auf dem Parteitag zu Jena gesagt wurde: das deutsche Proletariat muß an das Ganze kämpfen und gesunden und gebildete soll der Kampf gegen das Bildungstum machen usw. — Hier ist ein Zitum unterlassen, insofern als diese Worte nicht auf dem Jenaer Parteitage gesprochen, sondern in den kommunistischen Autoren gebraucht und unter die Massen verteilt wurden."

Wie kann auch jemand die Behauptung aufstellen, daß die KPD. predigt, das deutsche Proletariat müsse um das Ganze kämpfen! Das ist wirklich unerhört! Jeder, der die KPD. einigermaßen kennt, weiß, daß ihr derartige Aeußerungen niemals angehängt werden können. Das ist wirklich schon mehr wie Verleumdung. Wir können der KPD. auch das Ehrengeugnis ausstellen, daß sie noch niemals das Proletariat aufgefordert hat, nur um das Ganze zu kämpfen.

Kuhhandel um die Haut der lebendig Begrabenen

Braunschweig, den 6. Januar 1922.

Der Braunschweiger Landtag genehmigte ein Amnestiegesetz für politische Strafsachen, Widerstand gegen die Staatsgewalt, Aufreitung, Notdiebstahl, Notbetrug, Fortsetzlichkeit und sonstige Straftaten, die mit Strafen bis zu einem Jahr Gefängnis geahndet sind, Niederschlagung schwebender Verfahren und Erlaß verhängter Strafen. Der Rechtsausschuß wollte nur Strafen bis zu sechs Monaten amnestieren. Ein kommunistischer Antrag, der verlangte, daß dessen ein Jahr zu setzen, wurde angenommen.

Da sage noch jemand, die KPD. übe keine revolutionäre Arbeit in den Parlamenten aus. Es muß doch für die Genossen in den Gefängnissen, die 1½ und 2 Jahre Gefängnis haben, ein wahrhaft erhebendes Gefühl sein, daran zu denken, daß auch sie beinahe amnestiert worden wären, wenn die KPD. genugt hätte, daß es auch Proletarier gibt, die über ein Jahr Gefängnis erhalten haben. — Denn die Beschränkung auf ein Jahr ist doch sicher aus Unkenntnis geschehen.

Liebknecht über revolutionäre Taktik

„Wir wollen nicht Vertreter des beharrenden, sondern des tätigen Prinzips sein. Im Kräften, die Grenzen der praktischen Möglichkeiten zu erkennen, wird kein Mangel sein. Doch hoperte zunächst im Kräften, die die Entwicklung jeden Augenblick zur Realisierung der äußersten Möglichkeit zu treiben suchen, wo sie nur können, indem sie Ziel und Richtung noch weit über diese äußerste Möglichkeit nehmen. Das Mögliche ist nur erreichbar durch Erstreben des Unmöglichen. Die realisierte Möglichkeit ist die Diagonale von Unmöglichkeiten, je höher das Ziel gesteckt wird, je energischere Kräfte für das Erreichte wirken, für das unerreichbare Ziele, um so höheres wird erreicht. Das objektiv Unmögliche wollen ist nicht Narrheit oder Idealismus, Phantasterei oder Verblendung, sondern praktische Arbeit in eminentem Sinn.

Die Unmöglichkeit der Realisierung eines Zieles aufgeben, heißt mit nichten, seine Unzulänglichkeit beweisen, höchstens die Einsichtslosigkeit der Kritikaster in die gesellschaftlichen Bewegungsgesetze."

Aus Liebknecht: „Taktisches", Juli 1918.

Aus der Jugendbewegung

Thüringen.

Die Gruppe Zella-Mehlis der KJ., die wegen der Gewerkschafts- und Parlamentsfrage schon längere Zeit in Opposition stand, trat nach dem Halleschen Reichskongreß aus der KJ. aus und zur KAJ. über. Sie ging nun sofort mit ihren geringen Kräften an die Arbeit und hatte nach kurzer Zeit schon in den umliegenden Ortschaften Fuß gefaßt, so daß sie am 26. 12. 21 eine Konferenz des Bezirks Thüringen einberufen konnte. Auf der Konferenz waren folgende Gruppen vertreten: Zella-Mehlis, Crawinkel, Gräfenroda, Gotha und Goldlauter.

Auf der Tagesordnung stand: 1. Bericht von der Reichskonferenz, 2. Organisatorisches, 3. Verschiedenes.

Nach dem Bericht setzte eine sachliche Diskussion ein. In Frage „Jugend und Partei" stand die Mehrzahl der Delegierten auf dem Boden der Selbständigkeit der Jugend. Die erhitzte in dem Beschluß der Reichskonferenz einen Vorstoß gegen das Programm der KAJ. Eine praktische Durchführung dieses Beschlusses scheitert schon daran, daß die Partei hier fast gar nicht existiert, und daß die Aufgaben der Partei ganz allein der Jugend zufallen. Nach einstündiger Diskussion wurde beschlossen, im Sinne der KAJ. zu wirken, um auf dem nächsten Reichskongreß über diese Frage endgültig Klarheit zu schaffen. Zum zweiten Punkt machte der Genosse Z. Zella-Mehlis einige Ausführungen über die Zusammenfassung und das Zusammenarbeiten der einzelnen Ortsgruppen. Zur Wahl des Bezirkleiters schlossen einigte man sich auf folgendes. Zella-Mehlis wurde als stärkste Gruppe beauftragt, den Bezirkarbeitsausschuß zu stellen. Auf der Konferenz wurde dann der Genosse Z. vorgeschlagen, der auch bestätigt wurde. Des weiteren wurde es der Gruppe Zella-Mehlis überlassen, den Arbeitsausschuß zu vervollständigen. Sodann wurde noch die zukünftige Arbeit besprochen und man ging mit dem festen Willen auseinander, den Bezirk noch weiter auszubauen und zu befestigen.

Ausland

Der amerikanische Imperialismus als herrschende Weltmacht

Die Eroberung Mexikos durch den amerikanischen Imperialismus.

(Fortsetzung.)

V.

Obregons erster Schritt war, den Kongreß zu ersuchen, ihm als Präsident die außerordentliche Machtbefugnis zu übertragen, bezüglich der Petroleum- und ähnlicher Fragen Verhandlungen zu führen und Abmachungen zu treffen. Aber Obregons eigene Partei mißtraute ihm; es entstand eine Art parlamentarischer Revolte, und der Kongreß weigerte sich, die außerordentlichen Machtbefugnisse zu gewähren.

Aber das war die letzte und eine kraftlose Auflehnung des Parlaments. Nach dieser nahmen die Ereignisse einen schnellen Lauf und auch zugunsten Obregons ebenjenerlicher Politik.

Das mexikanische Hohe Gericht entschied im August, daß die konstitutionelle Bedingung der Verstaatlichung der Produkte an der Oberfläche (wie Petroleum) nicht rückwirkender Natur wäre — genau die Auslegung, welche die amerikanische Regierung forderte. Diese gerichtliche Entscheidung bedeutet die Anerkennung aller ausländischen Besitzrechte am mexikanischen Oelbergwerke, wie sie auch immer geschaffen seien; und diese Besitzrechte umfassen etwa 80 Prozent der bekannten Oelminen — eine völlige Aufhebung der Verfassung mit Ausnahme von neuen und prospektiven Oelquellen. Darauf kamen auf Einladung Obregons amerikanische Oelmagnaten nach Mexiko City (Stadt) zu einer Konferenz — dieselben Oelmagnaten, welche das Mandelstum in Mexiko finanziert und durch die Intrigen des Gleichen Mittel-legen Amerikas veranlaßt hatten. Diese Oelmagnaten stellten eine Konferenz ab mit Obregon, de la Huerta und Villareal — die letzteren zwei „loyalistische" Mitglieder des Kabinetts Obregon, der eine Mitglied der Arbeiterpartei, der andere der Agrarierpartei. Die Konferenz war völlig geheim; nicht ein Wort drang in die Oeffentlichkeit. Auf diese verschwiegerische Art und Weise schlossen die mexikanische Regierung und die Oelmagnaten einen Vertrag ab. Die mexikanischen Verhandler kündeten öffentlich den Abschluß eines Vertrages an und drückten ihre völlige „Zufriedenheit" damit aus; die amerikanischen Oelmagnaten taten dasselbe. Jetzt sind bereits Monate verflossen und nicht eine einzige Entscheidung ist von der mexikanischen Regierung veröffentlicht worden.

Die vereinten Umstände: Geheimtuerei der Regierung und die Zufriedenheit der amerikanischen Oelmagnaten kennzeichnen die Natur des Vertrages — Konzessionen und Kapitulation dem amerikanischen Kapital gegenüber.

Obregon setzte die Politik der Gewährung amerikanischer Forderungen fort mittels Verhandlungen und urkundlicher Handlungen. Er erließ Dekrete und traf Vorbereitungen, um die internationalen Bankiers bezüglich der Staatsschulden zu befriedigen; er lud amerikanische Bankiers nach Mexiko City ein — in anderen Worten heißt das, daß während der letzten drei Monate Obregon sämtlichen Forderungen des amerikanischen Kapitals nachgekommen ist.

Man war jetzt gute Schlüsse gelangt, daß amerikanische Anerkennung gewährt werden müßte, da alle Streitfragen wirklich geregelt waren, und zwar zur Zufriedenheit der amerikanischen Großinteressenten. Obregon muß stolz auf die von ihm geschaffene Situation gewesen sein, denn er hatte das amerikanische Kapital befriedigt und zugleich die Bedingungen für die Anerkennung geschaffen, während andererseits er politisch und augenscheinlich seine Unabhängigkeit von der amerikanischen Regierung bewiesen hatte.

Aber wie ein Blitzstrahl kam die Erklärung der amerikanischen Regierung — trotz der Entscheidung des Hohen Gerichts, trotz des Vertrages mit den amerikanischen Petroleuminteressenten und Finanzmagnaten —, die amerikanische Regierung bestehe darauf, daß von Anerkennung Yrezeiste die mexikanische Regierung ganz unabhängig bleiben müsse, daß die amerikanischen Forderungen genügt und die amerikanischen Eigentumsrechte in Mexiko garantiert werden.

Zu anderen Worten heißt die amerikanische Regierung auf die politische sowohl als finanzielle und industrielle Unterwerfung Mexikos den Vereinigten Staaten gegenüber.

Es scheint, als wenn die Politik Obregons zusammenfällt wie ein Kartenhaus. Aber der interessante Schwerpunkt in dieser Situation ist nicht, welche neuen abenteuerlichen Manöver Obregon heraufschwören wird, oder ob die amerikanische Regierung vorübergehend ein Kompromiß eingehen wird, sondern was die allgemeine Tendenz des amerikanischen Imperialismus momentan ist.

Die Harding-Regierung hat klar an den Tag gelegt, daß sie sich auf die Ausbreitung des Einflusses und der Herrschaft der Vereinigten Staaten in Lateinisch-Amerika konzentrieren würde, was die Fortsetzung und Weiterentwicklung der Wilsonschen Politik und der früheren Präsidenten bedeutet. Zusätze des allgemeinen Zusammenbruchs — das amerikanische Auslandsgeschäft, besonders mit Europa, sind die Vereinigten Staaten gezwungen gewesen, sich auf Lateinisch-Amerika zu konzentrieren, und diese Konzentration hat verhindert, daß die amerikanische Krise unheilvoll endete.

Aber es gibt zwei Umstände, die vom Handel als solchen unabhängig sind: Rohstoffe und Investitionen.

Der Krieg hat die Vereinigten Staaten nicht nur von einer Gläubiger-Nation in eine Schuldner-Nation verwandelt, sondern auch von Exporteuren in Importeure von Rohmaterial.

Nun strotzt Lateinisch-Amerika, und besonders Mexiko, geradezu von dem Rohmaterial, das die Vereinigten Staaten brauchen. In vielen Teilen gibt es eine Menge Petroleum, Eisen, Kupfer, Kohle, Platinum, Mangan, Blei, Zinn, Zink, Braunkohle, Graphit, Antimon, Erdpech, Schwefel, Gummi, Felle, Fasern, feinenes Holz, Zucker, Tabak, Kaffee, Kakao und aller Art Früchte. In allen Industrien ist amerikanisches Kapital vorherrschend, und was Früchte anbelangt, hat es besonders eines der reichsten und stärksten Monopole begründet — die American Fruit Company (amerikanische Früchte-Gesellschaft). Alle diese unentbehrlichen Rohstoffe sind in reichen Mengen vorhanden in Mexiko, Kuba, Haiti, San Domingo, Zentral-Amerika, Kolumbien und Venezuela. In diesen Ländern sind besonders die Petroleumquellen betont worden, aber die anderen Rohstoffe sind nicht minder wichtig. Schon im Jahre 1910 blickte es in Amerika, daß diese Gläubiger die wichtigsten Rohstoffgebiete für Amerika sind und es mehr und mehr abhängig von ihnen in dieser Hinsicht wird. Die Prophezeiung ist zur Wahrheit geworden, denn im Durchschnitt werden über 75 Prozent der Rohstoffe genannter Gläubiger nach den Vereinigten Staaten exportiert, während 75 Prozent der nach diesen Ländern investierten, fabrizierten Waren aus den Vereinigten Staaten herkommen. Somit bieten diese Gläubiger dem amerikanischen Imperialismus drei ungeheure Vorteile: 1. liefern sie unentbehrliche Rohstoffe; 2. sind sie Abnehmer von fabrizierten Waren und 3. nehmen sie gewaltige Summen investierten Kapitals auf.

Dies bewußt, mußten aber unbewußt heißen sich die Vereinigten Staaten in den obengenannten Gläubigern ein ganzes Reich herausgeschnitten. Kuba ist politisch und verfassungsgemäß ein Protektorat der Vereinigten Staaten, Porto Rico ist eine Kolonie, während Haiti und San Domingo von den Bajonetten der amerikanischen Truppen regiert werden. Honduras, Guatemala, Nicaragua, Panama, Kolumbien und Costa Rica sind entweder von amerikanischen Truppen besetzt, oder auf andere Weise von Amerika abhängig — und dasselbe gilt fast ebenso von Columbia und Venezuela. Diese Gläubiger sind Satrapien des amerikanischen Imperialismus — die wirtschaftliche Unterwerfung drückt sich aus in der politischen Unterwerfung.

Es war erst vor kurzem, daß dieser Prozeß des Amerikanisierens der Gläubiger sich auswirkte in einer Politik, welche darauf hinzielt, diese Bundesrepublik als Basis für die Beherrschung des ganzen Lateinisch-Amerikas zu benutzen, wie Mitteleuropa einmal den Zwecken der Angriffspolitik des deutschen Imperialismus dienstbar gemacht werden sollte.

Aber mit dieser Entwicklung einer südlichen Politik entstand ein Hindernis in ihrer Ausführung, nämlich Mexiko.

Die zur Revolution im Jahre 1910 war Mexiko gänzlich dem amerikanischen Kapital und der amerikanischen Regierung unterworfen (Mexiko war das einzige lateinisch-amerikanische Land, welches die Monroe-Lehre angenommen hatte). Unter der korrupten, halb feudalistischen Diaz-Herrschaft wurden Konzessionen von Oelquellen, Bergwerken, und von anderen so äußerst reichen Bodenschätzen Mexikos fast ganz an das ausländische Kapital verschenkt, denn der „Preis" bestir war in den meisten Fällen ein geringfügiger Teil des reellen Wertes. Das ganze Land, seine Bodenschätze, jetzt und später, wurden verpfändet. Im Jahre 1912 wurde das in Mexiko investierte Kapital wie folgt geschätzt: amerikanisches 1 057 770 000 Dollar; britisches 321 805 000 Dollar; französisches 143 460 000 Dollar; mexikanisches 793 157 342 Dollar. Neben diesen Kapitalien waren große Investierungen von spanischem und deutschem Kapital. Mexikanisches Kapital belief sich nur auf 25 Prozent. Das amerikanische Kapital war vorherrschend.

Einführung indirekter Steuern in Rußland

In Rußland ist man bestrebt, es in allem den kapitalistischen Staaten gleichzutun. Nicht nur, daß man die Heiligkeit des Privateigentums offiziell scharfestelle und daran geht, die Eisenbahnen nach Stinnes'schem Muster in Eisenbahngesellschaften umzuwandeln, ist man jetzt bemüht, indirekte Steuern als Hauptein nahmequellen zu schaffen. Man verfällt dabei auf Gebiete, an die selbst der kapitalistische Staat noch nicht gedacht hat.

Folgende Meldung liegt darüber vor:

„Moskau, 29. Dezember. (O.K.) Die Sowjetregierung hat eine umfassende Liste von Behörden und staatlichen Anstalten veröffentlicht, die nicht mehr von der Zentralregierung, sondern von den lokalen Sowjets finanziert werden sollen, darunter die gesamte Kommunalverwaltung, ein beträchtlicher Teil der Wohlfahrts- und Bildungsanstalten und die Organe zur Hebung der Landwirtschaft. Gleichzeitig ist den lokalen Sowjetorganen das Recht verliehen worden, Zuschläge zu den staatlichen Steuern und besondere Steuern zu erheben, u. a. auf Häuser, Gebäude, Wohnungen, Vieh, Wagen, Gewerbe- und Ortsgebäuden bestimmt, verschiedene Eigentumsgebühren und eine lokale Ein- und Ausfuhrabgabe für Waren erhoben werden."

Genossen!

Sammelt für den Pressefonds.

Postscheckkonto: Berlin NW 7, Nr. 490 29.

Mitteilungen

Groß-Berlin.

8. Bezirk. Mitgliederversammlung jeden Mittwoch nach dem 1. und 15. im Monat.

9. Bezirk. Am Donnerstag, den 12. Januar 1922, abends 7 Uhr Mitgliederversammlung bei Wolf, Kirchhof Ecke Müllerstr. Alle Genossen haben zu erscheinen.

12. Bezirk. Mitgliederversammlung am Donnerstag, den 12. Jan. 1922, nachm. 5 Uhr im Lokal Baum, Apostel-Paulus-Str. 35.

Allgem. Arb.-Union Groß-Berlin.

Am Mittwoch, den 11. Januar 1922, abends 7 Uhr Funktionärversammlung im neuen Clubhaus, Neukölln, Hermannstraße Ecke Schierker, am Bahnhof Hermannstraße.

Kommunistische Arbeiter-Jugend Groß-Berlin

Gruppe Wilmersdorf.

Am Dienstag, den 10. Januar 1922, pünktlich 8 Uhr abends öffentliche Gruppenversammlung in der Schule Wilmersdorf, Berliner Straße 137a. 1. Thema: Die Klassenkampforganisationen der Proletariats. Alle proletarischen Jugendorganisationen sind eingeladen. 2. Freie Aussprache.

Groß-Hamburg.

Bezirk Hammerbrook. Dienstag, den 10. Januar, abends 7½ Uhr Versammlung bei Kionke, Wendenstraße 45. Tagesordnung: Staatskapitalismus und proletarische Revolution.

Bezirk Altona. Jeden Montag Versammlung bei Brandt, Große Bergstraße 136.

Bezirk Barmbeck. Donnerstag, den 19. Januar, Versammlung bei Othmer, Ecke Hamburger und Fehlerstraße.

Warnung!

Fritz Parlow, Berlin SO, Adalbertstr. 55 ist aus der Kommunistischen Arbeiter-Jugend, Gruppe Osten, wegen organisationsschädigenden Verhaltens ausgeschlossen. K. A.-J., Gruppe Osten.

Paul Lippmann, Essen, Hammerstr. 24 wohnhaft, hat einem Genossen Kleidungsstücke und Wertsachen gestohlen. Wir warnen alle Genossen vor demselben. 3. Bezirk.

Quittung.

Für den Pressefond der KAJ. liefen ein: 8. Bezirk 22 M. ein Gen. aus Schreiberhau (Riesengeb.) 38 M., ein Gen. aus Wien 15 M.; für den Kampffonds: 7. Bezirk 125 M.; für den Beirat: Sitzung von Gen. K. Frankfurt a. M. 1000 M.

Haupt-Kassierer.

KAPD. und AAU. Groß-Hamburg

Am Sonntag, den 15. Januar, morgens 10 Uhr in der „Erholung", Dragonerstall:

Gedenkfeier

zur Erinnerung an die gefallenen Klassenkämpfer.

Ansprache, Rezitation, Gesang.

Mitwirkende u. a. Erich Schönlank von den Hamburger Kammerspielen.

Eintrittskarten zu 4.— M. sind bei sämtlichen Funktionären zu haben. Arbeitslose haben freien Zutritt. — Der Überschuß ist für die politischen Gefangenen bestimmt.

Verantwortlicher Redakteur: Holland, Köpenick. — Verlag der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands. Inhaber: Emil Schubert, Charlottenburg, Grunewaldstraße 110.
Alexanderstraße 110.

3. Jahrg. Nr. 3. Preis 75 Pf.

Kommunistische Arbeiter-Zeitung

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands, Wirtschaftsbezirk Groß-Berlin.

Die Zeitung erscheint zweimal wöchentlich. — Zu beziehen durch die Berliner Bezirksorganisationen, im Straßenhandel und durch den Verlag: Berlin NO 18, Landsberger Str. 6

Redaktion u. Verlag: Berlin NO 18, Landsberger Straße 6 Geöffnet täglich von 9 Uhr vormittags bis 6 Uhr nachmittags

Postscheckkonto für Berlin: Berlin NW 7 Nr. 490 29. — Versand unter Streifband: für Berlin 10.— M., nach auswärts 12.— M., nach dem Ausland 20.— M. monatlich.

Am Dienstag, den 17. Januar, abends 7 Uhr allgemeine Mitgliederversammlung Groß-Berlin in Bötzers Festsälen, Weberstraße 17. Mitgliedskarte legitimiert.

Neue Sanktionen gegen das Proletariat

Daß die kapitalistische Presse so offen und unverhüllt ihre Frage zeigt und die Probleme, die auf Kosten des Proletariats gelöst werden sollen, so offen diskutiert, dürfte im wesentlichen seine Ursache darin haben, daß eben zur Verdummung der Proleten die „sozialistische" Presse vorhanden ist. Diejenigen Proletarier, die wirklich aktiven Anteil an allen Geschehnissen nehmen, sich unterrichten wollen, um ihre Aufgaben als Klassenkämpfer zu erkennen, hätten viel besser — etwas kritischen Sinn vorausgesetzt —, die Zeitungen ihrer parlamentarischen Schwätzer aus dem Tempel hinauszuwerfen und neben einer wirklichen Arbeiterzeitung, deren es leider nur sehr wenige gibt, die Zeitungen von Stinnes zu lesen.

Stinnes führt gegenwärtig wieder die „Aufbauminister" zusammen. Es ist dies seit dem „Frieden" von Versailles die Zeit wer weiß wieviele Konferenz. Aber schon die Tatsache, daß die Kapitalisten aller Länder so ungestört um die Haut des Proletariats schachern können, daß sie bei dem gegenseitigen Streit so gar nicht vom Proletariat selbst gestört werden, ist ein Beweis für die Stärke des Kapitals. Beherrscht von diesem Selbstbewußtsein ist denn auch ihre Sprache, und die Großzügigkeit, mit der sie an ihre Pläne herantreten.

Betrachtet man das Gesamtbild und die Art, wie man an die Dinge herangeht, so ist ohne weiteres zu sehen, daß die „Deutsche Frage" erst an zweiter Stelle steht. Im Vordergrund des Gesamtplanes, der Aufrichtung des Weltkapitalismus, steht die russische Frage. Lloyd George hat denn auch bei der Verteidigung dieses seines Standpunktes den Franzosen gegenüber und ihnen zuliebe in bezug auf Deutschland manchen hart klingenden sein sollenden Satz gesprägt; doch niemand wird dem besonderen Wert beimessen. Das englische Kapital von einer seiner geistesstarken Vertreter, Lloyd George, weiß sehr gut und hat auf diesem Gebiete des Arbeiterbetrugs sehr viele Erfahrungen, daß die Frage der Verschärfung der Ausbeutung des Welt- und vor allen Dingen des deutschen Proletariats keine Frage des Temperaments ist, sondern vielmehr eine Frage rechnerischer Erwägung. Er sagte folgende Sätze, die sich vor allem das deutsche Proletariat merken und beherzigen sollte:

„So muß vermieden werden, Deutschland in das Chaos zu stürzen, in dem Rußland gegenwärtig beunruhigt. Wenn die sozialen Verhältnisse in Deutschland geändert werden, so muß es sich infolge seiner Möglichkeiten und infolge des Temperaments seiner Einwohner als etwas viel Geeigneteres erweisen, als Rußland für seine Nachbarn ist.

Diese Erwägung habe die britische Regierung trotz der Proteste, die sich in Europa und England erhoben haben, dazu gebracht, zur Vorsicht und Mäßigung zu raten."

Hier ist von einem Vertreter des Weltkapitals unverblümt und unverschämt, daß das Ziel zur Weltkonkurrenz, die die wirkliche Gefahr für das Weltkapital liegt. Die Frage ist also die: genau zu untersuchen, was man dem deutschen Proletarier aufladen kann, ohne den Bogen zu überspannen. Man ist sich dessen bewußt, daß dies nicht zu wenig zu sein braucht. Man ist sich aber auch darüber im klaren, daß, wenn der Bogen überspannt würde und dieser Riese sich aufbäumt, er infolge seiner riesigen Kraft, infolge der riesigen Anzahl des Industrieproletariats die Möglichkeit vorliegt, daß er den ganzen kapitalistischen Ausbeuterapparat mit seinem Heer von Gewerkschaftsbonzen zu Boden schlagen könnte, und daß dann das Proletariat auch spielend leicht die Probleme der proletarischen Revolution zu lösen imstande wäre, im Gegensatz zu dem schmachten Proletariat in Rußland und den dort rückständigen Verhältnissen.

Man ist sich deshalb darüber einig geworden, dem deutschen Proletariat gegenüber die Methode der Daumenschrauben anzuwenden. Die Gewerkschaften haben durch die Zuchthausgesetze schon bestir gesorgt, daß man dieselben um viele Gänge mehr anziehen kann. Auch hat man den Proleten so nun genug vorgelogen und in die Ohren gesichen, daß das Budget ausgeglichen werden muß, der Schuldnerstaat in einen Gläubigerstaat verwandelt werden muß — „im Interesse der sozialen Befriedung". Zu Stinnes ist man in persönlichen auf diesem Parallen zurückgekommen und es ist eigentlich ein Unglück für die KPD., daß Lenin noch nicht in Cannes anwesend war. Diese „revolutionären" Forderungen auf das Konto Lenins zu setzen, wäre doch gewiß keine üble Sache gewesen. Sie lauten:

1. Die heutige Zeitarbeit muß auf Goldbasis kalkuliert werden und nicht mehr auf Papiermark;
2. die Eisenbahn- und Postarbeit müssen erhöht werden;
3. der Preis für Kohlen muß in Deutschland erhöht werden;
4. Deutschland muß alle erforderlichen Maßnahmen treffen, um sein Budget auszugleichen;
5. Deutschland muß Vorkehrungen gegen die Flucht des Kapitals nach dem Ausland treffen;
6. ohne weitere Ausgabe von Banknoten muß eingestellt werden;
7. endlich muß eine Revision der Reichsbank erfolgen.

Wir wollen davon absehen, zu beweisen, was dies für die Proletarier für Folgen hat, und zwar deshalb, weil derjenige, der dies noch nicht gemerkt haben sollte, es in ganz kurzer Zeit merken wird. Man hat dem deutschen Kapital einen Zahlungsaufschub gewährt, damit es Zeit hat, erhöhte Summen aus den Proletariern herauszupressen.

Im übrigen ist man dann übereingekommen, daß man im März in Zissen wieder zusammenkommen will, wo auch Rußland unter folgenden Bedingungen teilnehmen kann:

1. Die Nationen dürfen nicht das Recht in Anspruch nehmen, sich gegenseitig die Grundsätze aufzuerlegen, nach denen sie die Fragen des Besitzes, die Wirtschaftsordnung und die Mittel im Innern ihres Bereiches bestimmen dürfen. Es ist jedem Lande das System zu lassen, das es in dieser Beziehung bevorzugt.

2. Auf jeden Fall darf ausländisches Kapital nicht dazu benutzt werden, einem Lande Hilfe zu leisten, außer wenn die ausschließlichen Eigentümer dieses Kapitals die Gewähr haben, daß ihre Güter und Rechtsansprüche geachtet werden und daß der Gewinn aus ihren Unternehmungen ihnen gesichert ist.

3. Jedes Gesetz der Sicherheit kann wieder hergestellt werden, wenn die Nationen (oder die Regierungen der Nationen), die ausländische Kredite zu erhalten wünschen, folgendes vorbereiten und sich unterwerfen:

a) alle Schulden und öffentlichen Verpflichtungen anerkennen, die von den Staaten, den Gemeinden und anderen öffentlichen Körperschaften eingegangen sind und die Verpflichtung anerkennen, ausländische Interessenten für die Verluste und Schäden, die ihnen aus der Tatsache der Konfiszierung ihres Eigentums erwachsen sind, zu entschädigen oder ihnen das Eigentum wieder zuzuteilen;

b) ein gesetzliches und juristisches System einzurichten, durch das die unparteiische Ausführung aller Handels- und sonstiger Verträge sichergestellt wird.

4. Die Nationen müssen über genauen Auseinandersetzungen verfügen, allgemein gefaßten müssen bezüglich der Finanzen und Sicherheiten Regungen bestehen, die den Handel gewährleisten.

Arbeiter! Genossen!

Die gefangenen Brüder rufen! Die „politischen Verbrecher" in der Lichtenburg. Sie wollen sich nicht länger quälen lassen. Sie wollen nicht länger gefesselt vom Elend ihrer Familien hören. Sie wollen endlich frei sein oder sterben. Sie haben schon einmal gerufen.

Ihr habt sie nicht gehört.

Ihr habt Kommissionen geschickt zu Kerkermeistern — das hat nichts geholfen, konnte nichts helfen. Denn hinter den Kommissionen stand

keine Kraft, kein Wille etwas zu erzwingen.

Die Kerkermeister haben gelacht, und eure Kommissionen konnten wieder abziehen.

Ihr wollt wohl nichts zu tun haben mit den „Verbrechern"?

Aber sind sie nicht eure Klassengenossen,

haben sie nicht für die Arbeiterklasse ihre „Verbrechen" begangen? Viele von euch glauben, die „Verbrecher" seien den falschen Weg gegangen. Mögt ihr das glauben — aber darf das für euch als faule Ausrede gelten, daß ihr eure Brüder zwischen den Zähnen der bürgerlichen Klassenrache liegen laßt und sagt: „Das geschieht ihnen ganz recht"?

Das kann und darf nicht sein.

Die Solidarität der Klasse ist die oberste, heiligste Pflicht

der Ausgebeuteten und Elenden. Ihr könnt und dürft euch nicht von den Ausbeutern an Klassensolidarität übertreffen lassen. Es geht um eure Ehre als Arbeiter!

Arbeiterinnen! Proletarische Frauen!

Für euch ein besonderes Wort. Denkt an die Frauen, an die Kinder der Justizopfer! Ihr werdet eure Männer nicht hindern, ihre Solidarität mit den Gefangenen zu beweisen. Ihr wollt auch nicht allein im Elend gelassen werden. Ihr werdet die Männer, vor denen ihr Achtung haben wollt, hinauftreiben, um den Eingekerkerten zu helfen. Wo soll es sonst hinkommen, wenn Arbeiter aufhören, Arbeitern zu helfen gegen die Gerichte und Polizisten der Reichen!

Genossen und Genossinnen!

Am 22. Januar beginnen die Gefangenen in der Lichtenburg den zweiten Hungerstreik.

Sie sind fest entschlossen, ihn diesmal durchzuführen

bis zum Tode, wenn sie nicht befreit werden.

Die spanischen Genossen, die beteiligt gewesen sein sollen an der gerechten Hinrichtung des Blutbundes Dato, sind noch immer gefangen und sollen ausgeliefert werden.

Wer noch einen Funken proletarischen Ehrgefühls und Solidarität hat, muß helfen, den

Generalstreik zur Befreiung aller gefangenen Revolutionäre

vorzubereiten. In jedem Betrieb, von Mann zu Mann muß es gesagt werden. Bevor die Genossen im Kerker verhungern, wollen wir durch den Generalstreik ihre Befreiung erzwingen. Keine Kommissionen! Keine Verhandlungen! Nur der Kampf kann retten!

Geschäftsführender Hauptausschuß der KAPD. Allgemeine Arbeiter-Union.

5. Alle Nationen müssen sich verpflichten, von jeder Propagandaarbeit Abstand zu nehmen, die die Ordnung und das politische System eines anderen Landes beeinträchtigt.

6. Alle Länder müssen gemeinsam die Verpflichtung auf sich nehmen, von jedem Angriff auf ihre Nachbarn abzusehen.

Wenn zu diesem Zwecke die für die Entwicklung des Handels mit Rußland notwendigen Bedingungen geschaffen sind und die russische Regierung ihre offizielle Anerkennung fordert, so können die alliierten Mächte diese Anerkennung nur aussprechen, wenn die russische Regierung die vorgenannten Verpflichtungen auninmt.

Kommt diese Konferenz zustande, so steht dieselbe im Zeichen des festesten Zusammenschlusses des Weltkapitals einschließlich Rußlands. Die Bedingungen, unter denen man „Sowjet"rußland anerkennt, lassen trotz der „Sowjet" keinen Zweifel über die Rolle, die Rußland gemeinsam mit dem Weltkapital gegenüber dem Weltproletariat spielt. Die „Rote Fahne" schreibt denn auch von einem „Erfolg" Rußlands, und dies kann schließlich niemand bestreiten, und zwar deswegen, weil die „Erfolge" des neuen Kurses auf der Linie des kapitalistischen Aufbaus liegen, gemeinsam mit dem Weltkapital. Das revolutionäre Proletariat jedoch bezahlt diese Erfolge mit einer noch gar nicht auszudenkenden Verschärfung, die sich folange steigern muß, bis es sich aufdäumt gegen diese „Erfolge" und diesen Ring sprengt.

Das deutsche Proletariat steht bei diesem Kampfe auf vorgeschobenem Posten. Es wird und muß — dafür wird das Weltkapital selbst sorgen — der Stoßtrupp der proletarischen Revolution sein. — Oder es wird nicht sein.

Der amerikanische Imperialismus als herrschende Weltmacht

Die Eroberung Mexikos durch den amerikanischen Imperialismus.

(Fortsetzung.)

Die Revolution gegen Diaz war eine agrarische Revolution, eine Revolte der besitzlosen, bedrückten Bauern gegen die halbfeudalen, agrarischen Barone. Aber da war ein anderer Gesichtspunkt, wenn auch momentan von weniger Bedeutung. Die agrarische Tyrannei war das einzig Charakteristische des Diaz-Regime. Sie behinderte die Entwicklung des nationalmexikanischen Kapitalismus durch leichtfertige und korrupte Gewährung von monopolitischen Konzessionen für die Ausbeutung von Naturschätzen durch das ausländische Kapital, und diese Gerechtigkeit wurde dazu benutzt, Mexiko in die Kategorie des Produzenten und Exporteurs von Rohstoffen und des Importeurs fabrizierter Waren zu drängen — wodurch Mexiko behindert wurde, eigene, ebenmäßige Industrien und einen selbständigen Kapitalismus zu entwickeln.

In jeder agrarischen Revolution, wo kein kräftiges, organisiertes revolutionäres Proletariat vorhanden ist, die Bauern zu führen, gerät die Revolution in die Hände der Bourgeoisie. So war es bei der mexikanischen Revolution — die Bauernschaft kraft sich los und ein bürgerliche Republik organisierte sich. Dieses bürgerliche Resultat der Revolution fand den klarsten und ausgeprochensten Ausdruck in der Person und Politik Carranzas. Während er die Bauern mit Versprechungen und kleinen Reformen überhäufte und den Arbeitern inhaltlose „Freiheiten" gewährte, sie aber andererseits mit Gewalt von Aktionen fernhielt, verwandte er alle seine Energie und Kraft auf die Festigung einer Politik, die darauf hinzielte, die Entwicklung des nationalen Kapitalismus in Mexiko zu fördern.

Aber das Unheil war angerichtet — die Diaz-Regierung hatte die Unterwerfung Mexikos zustande gebracht. Carranza hatte anzuerkennen, daß die Entwicklung des nationalen Kapitalismus unmöglich war, so lange die Macht des ausländischen (vorwiegend amerikanischen) Kapitals unbeschränkt blieb. Carranza sah die Situation ganz deutlich und hatte den Mut, seiner Ueberzeugung gemäß zu handeln. Die ganze Bedeutung und Tendenz seiner Politik kann in einem Ausspruche zusammengefaßt werden: ein Kampf, die politische und wirtschaftliche Macht des ausländischen Kapitals in Mexiko zu beschränken und schließlich zu brechen. In diesem Programme lag nichts Sozialistisches oder Revolutionäres. Es war ein national-bürgerliches Programm für den mexikanischen Kapitalismus.

Eine ganze Reihe von gesetzlichen Maßnahmen und verfassungsmäßigen Erlassen wurden von der Carranza-Regierung durchgeführt, um das nationale Programm zu verwirklichen. Am besten bekannt ist Paragraph 27 der Verfassung, welcher unter anderen Naturschätzen Petroleum als Eigentum der Nation erklärt. Die Verfassung besagt nicht ganz klar und deutlich, ob diese Bedingung rückwirkend gemeint ist, aber das war zweifellos Carranzas ursprüngliche Absicht: Das amerikanische Kapital erhob sofort Einspruch und aller Art Intrigen gegen Carranza wurden ermutigt, einschließlich des amerikanischen Finanzkreises von Banditen und militärischen Meuterereien, welche Abenteuer ganz besonders von Petroleum-Interessenten tatkräftig unterstützt wurden. Aber Carranza blieb bei seinem ausländerfeindlichen Standpunkt, welcher zahlreiche diplomatische Zusammenstöße mit der amerikanischen Regierung zur Folge hatte und zur Bildung eines britisch-amerikanisch-französischen Finanzblockes gegen Mexiko führte. Ein merkwürdiger Meinungsausbruch dieses Blockes war der Ausschluß Mexikos aus dem Völkerbunde, bemegendster Carranza antwortete, daß er kein wahrer Bund wäre, sondern eine Verschwörerliga der Großmächte.

Dann kam die Präsidentenwahl im Jahre 1920, General Obregon war ein Kandidat. Er hatte vordem eine Propagandatour durch die Vereinigten Staaten gemacht und war sympathisch empfangen worden. Carranza wandte sich gegen Obregon aus verschiedenen Gründen, unter denen auch der Wunsch war, eine Zivilperson statt einer militärischen als Präsidenten zu sehen. Darauf führte Obregon einen militärischen Aufstand gegen Carranza, in welchem er von den Arbeitern unterstützt wurde zufolge seiner „sozialistischen" Versprechungen und weil Carranza um der Militärmacht Obregons gemacht hatte, um Streiks zu brechen. Obregon erzielte Erfolg; Carranza floh aus der Hauptstadt und wurde ermordet. Obregon setzte dann als „provisorischen Ministerpräsidenten" einen seiner Handlanger, den „Sozialisten" de la Huerta ein. Eine der ersten Handlungen de la Huertas war in einer Besprechung zu erklären: „Wir wollen den halben Weg gehen und die amerikanischen Geschäftsinteressenten werden sicherlich den anderen halben Weg gehen. Schließlich wurde Obregon natürlich „mit großer Stimmenmehrheit" zum Präsidenten gewählt.

Die Politik, welche in de la Huertos Aufzeichnung der amerikanischen Geschäftsinteressen Ausdruck gefunden, wurde die Grundlage der politischen Pläne Obregons. Aber trotz Obregons freundlicher Gesinnung den amerikanischen Geschäftsinteressenten gegenüber hat die amerikanische Regierung sich beständig geweigert, ihn anzuerkennen.

Wie auch immer sich die Beziehungen von Obregon zur amerikanischen Regierung in letzter Zeit gestaltet oder geändert haben mögen, eine Tatsache bleibt klar bestehen: die Carranza-Politik, welche auf die Förderung eines natürlichen, mexikanischen Kapitalismus und das Brechen der Macht des ausländischen Kapitals entweder gescheitert oder eingestellt worden ist. Mexiko ist wirtschaftlich heute eine amerikanische Kolonie.

Im Jahre 1912 bezifferten sich die amerikanischen Investierungen in Mexiko auf 1 057 770 000 Dollar. Seit damals sind diese Investierungen bedeutend angewachsen zufolge des Krieges und der Zurückziehung von europäischem Kapital. Augenblicklich betragen die amerikanischen Investierungen in Mexiko nicht weniger als 2 Milliarden Dollar und kommen vielleicht schon auf 2½ Milliarden. Dieses bedeutet vollständige, wirtschaftliche Beherrschung Mexikos seitens Amerikas. Mexiko ist eines der reichsten Länder der Welt, was Naturschätze anbelangt, und diese werden zum großen Teil von Amerika beherrscht. Die amerikanische Handelskammer in Mexiko schätzt das amerikanische Kapital auf etwa 80 Prozent der Bergwerke, die sich in ihrem Besitze befinden. Betrachtet man die Verteilung des amerikanischen Kapitals auf die Industrien Mexikos, so bekommt man den Eindruck, daß es ganz strategisch in einer Weise angelegt ist, die zur Beherrschung der Produktion und Verteilung und der kommenden industriellen Entwicklung führen muß.

Außerdem ist der Geschäftsverkehr zwischen den Vereinigten Staaten und Mexiko sehr groß und außerordentlich günstig für Nordamerika. Im letzten Juli war Mexiko an dritter Stelle von den Käufern amerikanischer Waren und kaufte für 604 867 Dollar mehr Waren von den Vereinigten Staaten als alle anderen südamerikanischen Länder zusammen. Aber das ist nicht alles. Im Jahre 1919 hatte Mexiko bei den Vereinigten Staaten einen Ueberschuß im Warenaustausch von 17 471 275 Dollar zu seinen Gunsten. Im Jahre 1920 hatte Mexiko einen solchen Ueberschuß von 27 603 122 Dollar zu seinen Ungunsten. Für ein Jahr, endend im Juni 1921, war dieser Ueberschuß zu Mexikos Ungunsten auf das Fünffache — also auf 112 216 000 Dollar gestiegen. Da Mexiko ausschließlich ein Exporteur von Rohstoffen ist, wovon 85 Prozent von den Vereinigten Staaten Amerikas importiert werden, beweisen diese Zahlen des Warenaustausches, daß in den Vereinigten Staaten die Industrietätigkeit abnimmt, weil der Bedarf an Rohstoffen geringer wird; aber gleichzeitig beweisen sie auch, wie vollständig Mexiko von den Vereinigten Staaten abhängig wird, da doch ein großer Teil des Ueberschusses zu ihren Gunsten notwendigerweise in Mexiko investiert ist.

Dementsprechend ist Mexiko vom Standpunkte des Handels, der Rohstoffe und der Finanz für die Vereinigten Staaten unentbehrlich — es ist demnach in der Tat eine amerikanische Kolonie. Unter dem kapitalistischen System gibt es in dieser Hinsicht keinen Ausweg.

Aus Vorstehendem kann man wohl verstehen, warum in den Vereinigten Staaten eine so riesenhafte Agitation für ein aggressives Vorgehen eingesetzt hat und warum die Hochpatrioten darauf drängen, amerikanische Truppen nach Mexiko zu entsenden, um das Land zu erobern. Denn der amerikanische Imperialismus ist nicht damit zufrieden, daß Mexiko nur eine wirtschaftliche Kolonie ist — nein es soll auch bald eine politische Kolonie werden.

Das revolutionäre Proletariat ehrt am 15. Januar seine Toten!

Treffpunkt vormittags 10 Uhr in Friedrichsfelde am Grabe.

Abends 7 Uhr:

Gedenkfeier

in der „Stadthalle", Klosterstraße.

Mitwirkende: Gemischter Chor Groß-Berlin
(Dirigent: Hermann Scherchen)
Rezitationen.

— Eintrittskarten zu 5 Mk. bei den Funktionären. —

Der Überschuß ist für die politischen Gefangenen bestimmt.

Werner Möller

Zur Wiederkehr des Tages seiner Ermordung im Januar 1919.

Es ist die Pflicht des revolutionären Proletariats, daß es wie in jedem Jahre, so auch diesmal aller derer gedenkt, die im Kampfe für die Befreiung des Proletariats gefallen sind. Wir wollen dabei all der großen Kämpfer, wie Karl Liebknecht, Rosa Luxemburg, des Jogiches usw., aber auch der vielen, vielen „kleineren" gedenken, die doch alle das gleiche wollten und gutes gewirkt haben für die große Sache des Proletariats. Dabei darf der proletarischen Kämpfer und Dichter Werner Möller nicht fehlen. Er war einer von denjenigen, die schon im Kriege erkannten, daß sich das Proletariat im Kampfe um seine Befreiung nicht mehr der alten Organisationsformen bedienen dann, sondern diese zertrümmern und neue schaffen muß. Als einer von denen, die bei uns mit Werner Möller in engster Fühlung standen, halte ich es für gut, wo die proletarische Revolution im Kampfe untergegangen ist, für notwendig, ihn besonders hervorzuheben.

Wer war Werner Möller? 1888 in Barmen geboren, von Beruf Klempner, war er schon in frühester Jugend in der proletarischen Bewegung tätig. Im Wuppertal war er unter den Genossen eine bekannte Persönlichkeit. In der sozialdemokratischen Presse, z. B. „Bremer Bürger", usw. erschienen von ihm Gedichte, die dann gesammelt 1912 als „Sturmgesang" in einem Bändchen im Verlage der „Elberfelder Freien Presse" erschienen. Bei Beginn des Weltkrieges finden wir Werner Möller auf Seite derjenigen, die gegen die Bewilligung der Kriegskredite Sturm liefen. Es gibt heute sich damals in Berlin um Julian Borchardt eine Gruppe, die SSD. (Internationale Sozialisten Deutschlands), die gegen den Verrat der 110 sog. Sozialdemokraten Stellung nahmen. Julian Borchardt war damals einer der Mutigen, die besonders gegen die Kriegsbewilligung auftraten. In Broschüren und in den „Lichtpreßen" behandelte er diese Frage in ausgiebiger Weise. Er gewann damals eine Schar Genossen um sich, die am Anfang des Krieges in der Alexandrinenstraße regelmäßig zusammenkamen und Kurse abhielten, darunter auch Karl Radek. Die „Lichtpressen", an denen Werner Möller von Barmen aus mitarbeitete, wurden Anfang 1916 endgültig unterdrückt, nachdem sie schon seit Jahr und Tag immer wieder beschlagnahmt wurden. In Bremen erschien dann unter der Leitung Johann Knieps die „Arbeiterpolitik", die gewissermaßen den Faden der „Lichtpressen" aufnahm. —

Wegen Verbreitung von Liebknecht-Flugblättern wird Werner Möller am 26. Juli 1916 verhaftet. Nach 1 Monat Haft und 5½ Monaten Untersuchungshaft wird er in Leipzig zu 2 Monaten Gefängnis verurteilt und büßte die Strafe in Rastatt ab. Als dann Fiedelle Möller nach Berlin über und war hier einer der führenden Genossen in der SSD. Es wurden damals die Gewerkschaftsfrage, Parlamentarismus und das Problem Massen und Führer lebhaft debattiert. Ich erinnere mich noch der Sitzungen, wo die Gewerkschaftsfrage behandelt wurde, ob man innerhalb derselben noch mit uns sein könne. Damals gerieten Werner Möller erstmals, daß wir in diesen Gewerkschaften nichts mehr zu suchen haben, unsere Parole kann nur sein: Heraus aus den Gewerkschaften. Diesen Standpunkt vertrat er auch als Mitarbeiter in der Bremer „Arbeiterpolitik", wo seine Artikel teils ungezeichnet, teils unter dem Namen „Werner Kaufscher" erschienen. Auch bildete die Einheitsorganisation einen heftigen Diskussionspunkt. —

Im Oktober 1918, als die Volksmacht in Rußland das Zarenreich-Regime stürzten, wurde von der SSD. (Internationale Kommunisten Deutschlands (ehemalige SSD.) der Versuch unternommen, alle linksradikalen auf dem Boden des Marxismus stehenden Gruppen zu einer Organisation zu vereinigen. Zugegen kam der 9. November. Es fand dann im Dezember 1918 der Gründungsparteitag der Kommu. Partei Deutschlands statt. Hierzu war von der SSD. Werner Möller mit Delegierter. Die SSD. ging in der KPD. auf, aber mit als Mitglieder der SSD. hatten wohl alle das Gefühl, daß eine Idee damit unterging. Erst die Oppositionsbewegung hier in Berlin, innerhalb der KPD., nahm den SSD.-Gedanken wieder auf. —

Am 5. Januar 1919 wurde der „Vorwärts" von der revolutionären Arbeiterschaft besetzt und Werner Möller übernahm die Redaktion. Nach achttägiger tapferer Verteidigung der Besatzung gelang es der Uebermacht der Ordnungsbestie, mit ihrer unsinnigen kriegstechnischen Mitteln das Gebäude zu nehmen. Die sieben Parlamentäre, darunter Werner Möller, wurden mißhandelt, nach dem Hofe der Dragonerkaserne gebracht und bestialisch ermordet. Die Leichen wurden von der weißen Bestie auf den Dunghaufen geworfen. In Schanzenhaus fand man dann Werner Möller wieder, er war fürchterlich zugerichtet, ein Auge war von der Erleichterung der Sage Deutschlands (Moratorium usw.) wird bis Tage der Arbeiterklasse immer schwieriger, gestaltet und die Lage der Bourgeoisie und Sozialdemokratie immer verwickelter. Man muß geduldig die Idee der Arbeiterregierung verfechten. Nun das Neue, was ich mitteilen will: Wir verfolgen ihre sehr aufsätzlich die Fragen, ob man die Losung „Bewaffnung Front internationalistischen Kommu. Mit haben. Es dauern, daß der Gründungsparteitag der Kommunistischen Arbeiter-Partei Ostern 1920 verhoff dem Gedanken, wofür Möller gekämpft hat, zu seinem Recht. Die revolutionären Proletarier, die wirklich den Sturz des Kapitalismus wollen, schlossen sich Ostern 1920 in der KAPD. zusammen. —

Was ich Werner Möller heute, wo wir der Revolutionäre kämpfen gedenken, besonders hervorhebe, so nur ich das in dem Bewußtsein, daß es meine Pflicht war, die ich für dringend notwendig erachte, in ich Werner Möller als Freund und Kämpfer im engsten Kreise kennen lernte.

Seine Gedichte, die während des Krieges ebenfalls die Proletarier entrissen sollten, seine mutigen Kampfrufe, sind zum größeren Teil unwiederbringlich verloren. Einzelnes ist erhalten in „Lichtpressen", „Arbeiterpolitik", „Junge Garde" usw. Eine Auswahl Gedichte erschien 1919 in der Chemnitzer Druck- und Verlagsanstalt, von Friedrich Karsten herausgegeben, die aber dem Revolutionär Werner Möller nicht gerecht wurden. Die vorhandenen Gedichte, Sitzungen und eine Jugendgeschichte sollenen herausgegeben, ist zur Zeit unmöglich. Einer Schätzung zufolge sind die von uns Hinterbliebenen, das Verfassende nachgeholfen. K. M.

im und jene „revolutionären Parlamentsreden" sind. Sie sind eine Verhöhnung, wenn sie von jenen Pastenfiebern und Politikern kommen, die innerhalb 24 Stunden ihre Gesinnung wechseln wie ein Hemd, und wie Friesland und Konsorten auf ihre eigenen Beschlüsse in der Frage des „Parlamentarismus" pfeifen, wenn es sich darum dreht, einen Posten zu behalten, wie das bei ihm im Stadtparlament der Fall ist. Und gerichtet auf diesen „Anklagen" steht dann, um dem Ganzen die Krone aufzusetzen folgender Satz:

„Wir werden heute kämpfen, daß die kommunistische Partei Deutschlands ohne Führung erfährt, die den Bestrebungen der Mehrheitssozialisten erwachsen kann."

Man kann diese Unverfrorenheit in ihrer ganzen Größe nur ermessen, wenn man sich vor Augen hält, daß sich diese politischen Schauspielmänner und Hanswurste eben zu dieser „Führung" rechnen.

Was tut die Zentrale? Sie leistet die Veröffentlichung dieses Aufrufes, so wie es einer „harten" Zentrale geziemt, ab. Alsdann die Partei jeden Tag zweimal gegen die Provokateure. Josef Rummerz später schreibt sie in ihrer „Roten Fahne":

„Die Genossen Brass, Friesland usw. seien durch einen neuen als Sonderbrief herausgegebenen Aufruf an die Partei ihrem Zerstörungs- und Verleumdungsfeldzug gegen die Partei fort. Die unglaubliche Zumutung an die Zentrale, diesen Aufruf zu verbreiten, hat diese selbstverständlich abgelehnt. Sie hat die Betreffenden darauf aufmerksam gemacht, daß die Veröffentlichung dieses Aufrufes an die Geschäftsstelle durch einzelne Genossen einen erneuten groben Bruch der Parteidisziplin darstellt. Sie hat sie darauf verwiesen, daß sie das Recht und die Möglichkeit haben, in den Parteiorganen und vor den Parteiorganisationen ihre Ansichten darzulegen. Trotz dieser Warnung und trotz vollkommen ausreichender Diskussionsmöglichkeit für diese Genossen haben sie dem ersten Akt groben Disziplinbruchs einen zweiten hinzugefügt.

Folgendes ist der Wortlaut dieses Schriftstückes (folgt Wortlaut des Aufrufs).

So hat es diese Zentrale fertig gemacht. Die ganze Polemik ist ein einziges Gewinsel und Gejammer, ja die Partei nicht zu schädigen. In ihrer Verzweiflung entgleist sie dann dem einen oder dem anderen eine Funktion oder ein Mandat, und läßt sich ausrechnen, denn ihre Mandate legen diese Herrschaften trotz der 21 Punkte doch nicht nieder, und Funktionen haben sie bei ihrem Geschäftsführer Levi genug. Außerdem hat man ja seine Zellen in der Partei.

Daß diese Zentrale der unsäglichste Haufen Unglück ist, ist nicht verwunderlich. Theoretisch ohne jegliche Grundlage, einzig und allein auf Radek angewiesen, sehen sie mit steigender Angst, daß die Linie, auf der sie sich bewegen und dessen Grundlage die Radekschen Hirnideriefe sind, geradenwegs dorthin führt, wohin Rad bewußt marschiert, nämlich nach Amsterdam. Und diesem Standpunkt hatte sie nichts anderes gegenüberzustellen als ihre heillose Konfusion. Dazu kommt dann noch, daß sie jeden Augenblick gewärtig sein muß, daß auf Grund dieser fürchterlichen Situation alle Augenblicke einer von dieser Zentrale umfaßt, und penibelnstes Beil in den Boden hinein.

Gingen es nicht um die Sache der Arbeiter, man könnte aufrichtiges Mitleid aufbringen. Am 22. Januar kommt der Zentralausschuß wieder einmal zusammen. Dort wird entschieden werden, ob diese KPD. sofort oder mit einer kleinen Verzögerung die letzte Stadtparlament der Fall ist. Und zwischen all

sicher, in der Annahme, zwei Transportbeamte vor sich zu haben — andernfalls hätte er sich wohl vorsichtiger ausgedrückt — antwortete: Ich was, du wird wenig Feberlesens gemacht; springen Sie die Treppe her, die werden einfach eingesperrt, und damit ist die Sache erledigt. Unser Genosse hat ihm die richtige Antwort erteilt.

Festungshaft! Custodia honestal Ehrenhaft! Wie schön klingt das alles! Wie liebenswürdig hat man in Friedenszeiten die Festungsgefangenen behandelt. Eigenes Zimmer. Bekleidung. Stadt- und Heimaturlaub. Wie zart, überzart behandelt man Traugott d. Jagow in Gollnow? Welche Vorbereitungen hat man zu seinem Empfang getroffen? Sonnabend, 24. 12., fuhr er in Begleitung von Leipzig ab und erst Sonntag traf er mit seinem Transporteur in Gollnow ein, nachdem er vielleicht noch eine lustige Nacht in Berlin verlebt. Herr Jagow weiß ganz genau, was ihm zusteht. Er weigert sich sogar, die ihm übersandten Pakete zu öffnen. Herr Jagow hat das nicht nötig. Aber Herr Jagow kann noch viel mehr. Er hat es verstanden, einen jungen unerfahrenen Genossen an sich zu fesseln, wahrscheinlich, um einen Kammerdiener zu sparen. Dieser Genosse sollte mit uns nach Bielefeld verlegt werden. Auf Fürsprache des allgewaltigen Herrn von Jagow wurde die Ueberführung dieses Genossen zurückgenommen und ein anderer Genosse bestimmt. Dieser weigerte sich ganz energisch, den Bäckenbüster zu machen, und nun bestimmte man wieder einen anderen Genossen. Als auch dieser widersprach, gab Herr v. Puttkammer den Befehl, daß nun doch der Freund Jagows verlegt würde. Der Kammerdiener und künftige Chauffeur Traugott von Jagows war barob sehr betrübt. Doch Jagow tröstete ihn mit den Worten: „Wenn man Sie absolut fortschicken will, gehe ich Ihnen heute abend eine Halbe Kognak. Die trinken Sie und stecken morgen zwei Finger in den Mund, das wird schon helfen."

Es hat wirklich geholfen. Der Kammerdiener ist geblieben. Ob mit oder ohne Kognak, wissen wir nicht.

Doch nun weiter zur Hauptsache. Wir hielten am 5. abends unseren Einzug in die „Festungsabteilung" des Gerichtsgefängnisses in Bielefeld. Laut Festungsordnung steht jedem Festungsgefangenen ein eigenes Zimmer zu. Doch wie sieht es hier aus? Matte Scheiben und Bretter vor den Fenstern. Acht Mann zusammen in zwei kleinen Zellen. Abends um 7 Uhr Einschluß. Heute mittag mußten wir je zwei Mann mit einem Löffel essen. Keine Gelegenheit zum Austritt. Ein kleines mysteriöses Geschirr, sonst für einen einzigen Mann bestimmt, muß für acht Mann ausreichen. Wir beschwerten uns. Gegen Mittag besuchte uns der Herr Oberstaatsanwalt von Bielefeld. Angetan mit diesem Pelzmantel, den Hut auf dem Kopfe, betrat dieser doch sehr gebildete Herr unsere Stube. Er ist sehr, sehr liebenswürdig, der Oberstaatsanwalt von Bielefeld. Dies Kind, sein Engel ist so rein, soll unter Huld empfohlen sein. Er will alle unsere Wünsche erfüllen, aber auch alle. Jeder von uns soll sein eigenes Zimmer haben. Das heißt, wir werden voneinander getrennt ins Gefängnis gelegt. In Einzelhaft zu den anderen Gefängnisinsassen. Wahrlich, der Herr Oberstaatsanwalt ist sehr liebenswürdig. Er will uns sogar Arbeit verschaffen, Barbox, Beschäftigung, eine feine, saubere Arbeit, nämlich — Dütenkleben für die Privatkapitalisten.

Der Herr Oberstaatsanwalt wird immer liebenswürdiger, d. h. solange er selber sprechen kann. Er hört sich gerne reden, er hält auch lange Reden, er nimmt Herrn von Jagow in Schutz. Als ihm Genosse H. entgegentrat, hieß es gleich: Reden Sie nicht so lange, fassen Sie sich kurz. „Was man nicht will, hört man nicht gern." Der Herr Oberstaatsanwalt war sogar so liebenswürdig, uns den bisher gewährten Stadturlaub zu entziehen. Fluchtverdacht! In Gollnow, wenigstens für einige unter uns, täglich Stadturlaub, also kein Fluchtverdacht. Hier bei Gegenheit!

Doch nun kommt das Schönste. Es liebenswürdig der Herr Oberstaatsanwalt sonst auch war, einen sehr schweren Vorwurf glaubte er uns dennoch machen zu müssen:

„Wie kommt ihr Kommunisten überhaupt hier nach Bielefeld? Wie kommt ihr euch unterstehen, mich hier zu belästigen, in meiner Ruhe zu stören? Hier ist ein Gefängnis und keine Festungsabteilung, trotzdem laut einer ministeriellen Verfügung in Gollnow, Bielefeld und Marburg je eine Festungsabteilung eingerichtet worden ist."

Wir unterzeichneten Genossen protestieren hiermit in aller Oeffentlichkeit gegen die Behandlung, die man uns hier angedeihen läßt, wir protestieren mit aller Schärfe gegen die liebenswürdigsten diesjährigen liebenswürdigsten aller Oberstaatsanwälte.

Entweder sind wir Verbrecher, und dann bestrafe man uns mit Zuchthaus oder Gefängnis, dann geben wir uns mit einer solchen Behandlung zufrieden. Hat man uns aber mit Festung bestraft, so verlangen wir auch alle „Bergünstigungen", die uns zustehen.

Es gab einmal eine Zeit, als die Bourgeoisie und das ihnen verbündete Junkertum die Festungshaft in ihrem eigenen Interesse einführte.

Seit man nun dazu übergegangen ist — wenn auch nur zum Schein —, auch über arme Proletarier diese „Strafe" zu verhängen, ist es keine Ehrhaft mehr. Wie fast doch ein alter Rüner: Wenn zwei dasselbe tun, so ist es noch lange nicht dasselbe. Wenn Kapp, Ehrhardt, Lagow usw. mit Festung „bestraft" werden, so nennt man das Ehrenhaft.

— Wird aber zufällig so ein armer Teufel von Proletarier vom gleichen Schicksal ereilt, so bleibt nur der Name „Festung" übrig. Der Rest ist Schweigen.

Genossen! Wir verlangen und fordern unser Recht. Wir erwarten von euch, daß ihr euch unter mit aller Energie annehmt. Einerlei Recht für alle, auch für uns Proletarier!

Mit Gruß folgen Unterschriften.

Aufruf!

Die Betriebsversammlung der Dinos-Werke, Tempelhof, ruft sämtliche Betriebe Groß-Berlins auf, mit aller Macht dafür einzutreten, daß endlich unsere Brüder, die jahrelang hinter Festungsmauern schmachten, befreit werden. Wir rufen sämtliche Arbeiterbrüder Groß-Berlins auf, an diesen Tagen, wenn sich die Regierung weigert sie zu entlassen, in den Generalstreik zu treten und so lange auszuharren, bis unsere Brüder befreit sind.

Zugleich fordern wir auch auf, in den Betrieben Sammlungen zu machen, die unter sich in dieser Frage Stellung nehmen. Sämtliche Anfragen sind zu richten an P. Freimann, Charlottenburg, Fritschestraße 24-25. Wir ersuchen arbeiterfreundliche Blätter um Abdruck.

Die Belegschaft der Dinos-Betriebe, Tempelhof.

Ausland

Der spanisch-amerikanische Krieg und die Revolution

Das Königreich Spanien ist seit vielen Jahren mit Marokko in Krieg verwickelt. Die spanischen Truppen kämpfen unter dem Banner des Imperialismus und opfern Blut und Kraft, ein Land zu besiegen, das schon vor langer Zeit von den europäischen Mächten an Spanien abgetreten wurde.

Sehnsuchtsvoll sind spanische Soldaten — ihren Familien gewaltsam entrissen und über das mittelländische Meer geschafft — durch die Berge, Wüsten und Steppen Afrikas gewandert, haben Hunger, Entbehrungen und Fieberkrankheit gelitten, um Kämpfer des Kabylenstammes der eingeborenen Marokkaner zu erschlagen und von ihnen erschlagen zu werden, jeden Tag ihre zehn, zwanzig und mehr. So ging es jahrelang.

Der Aufstand im August 1921.

Im Monat August 1921, als Spanien es am wenigsten erwartete, erreichte die Situation eine Krise. Abd-el-Krim, der Häuptling der marokkanischen Kabylen, welcher mit Spanien sympathisierte, berichtete Fernando Silvestre, dem militärischen Befehlshaber Marokkos, über die Unzufriedenheit, welche unter einer Anzahl Stämme Platz gegriffen hatte. Der Häuptling verlangte Geld, womit die Rebellen bezahlt werden konnten. Fernando Silvestre lehnte nicht nur das Gefordern ab, sondern beschimpfte den arabischen Häuptling und ließ ihn dafür körperlich züchtigen, d. h. er ließ ihm eine kräftige Tracht Prügel verabfolgen. Dem Verfassen des Hauses des Befehlshabers gelobte Abd-el-Krim Rache und schrieb mit blutiger Hand ein Zeichen an dem Eingange zum Palaste des Befehlshabers.

Kurze Zeit nach diesem Vorfalle überrumpelte ein Trupp von Riff-Kabylen die Besatzungsmannschaft, Siete Tausende von spanischen Soldaten und eroberte 10 000 Gewehre und sämtliche Munition. Fernando Silvestre wurde der Kopf vom Rumpfe gehauen und auf einem Speere durch das ganze Land getragen.

Dieses war ein Zeichen für den Aufstand aller marokkanischen Stämme.

Die Regierung des Königreiches Spanien verhängte über Marokko den Belagerungszustand. Sie mobilisierte die Armeen, zensierte die Presse, morbete, deportierte und verhaftete alle sich aufstehenden Arbeiter.

Die Lage der spanischen Arbeiter.

Die spanischen Arbeiter sind anti-militaristisch, selbst Teile der Bourgeoisie lehnen den Krieg ab und zeigen ihre Abneigung dagegen nicht nur durch Worte, sondern auch durch Taten. Entrüstet, still und düster schleichen die Soldaten sich nach Marokko ein, aber man hält keine patriotischen Ansprachen und zeigt keine allgemeine Begeisterung seitens der spanischen Bourgeoisie, wie es der Fall in anderen Ländern wäre. Und die Mauren, die arabisch-nationalen rebellischen Stämme rücken vor und stehen schon vor den Toren von Melilla.

Die tüchtige Armee Spaniens genügt nicht, den Aufstand der Mauren niederzuschlagen, aber die Regierung zögert mit der Einberufung von Reservisten.

Der Grund für dieses Zögern ist in dem Verlauf des Generalaufstandes im Jahre 1909 zu suchen.

Die Revolte der Arbeiter im Jahre 1909.

Im Jahre 1909 erlitt Spanien bei Barranco-del-Lobo eine Niederlage, nach welcher sie ihre Reserve einberief. Dieses war das Zeichen für eine antimilitaristische revolutionäre Bewegung des arbeitenden Volkes. Gewaltige Protestversammlungen wurden abgehalten. Die Städte und Dörfer Catalunas demonstrierten gegen den Krieg. Nicht nur die Arbeiter, sondern auch kleinbürgerliche Politikschieber unterstützten die Forderung der Massen „Abajo la guerra! (Nieder mit dem Krieg!)

Als die Arbeiter Catalunas den Generalstreik erklärten, waren die Straßenbahner in Barcelona die einzigen, welche versuchten, die Arbeit fortzusetzen. Als die Streiker auf sie schossen und die Polizeitrupps auf der Bildfläche erschienen, war das Zeichen für den revolutionären Kampf gegeben, welcher sich nicht nur auf die Abschaffung des Militarismus, sondern auf den Sturz der Regierung, des kapitalistischen Staates, der Ausbeuterklasse erstreckte.

Die Straßenbahnen wurden umgeworfen und bald wurden überall in den Arbeitervierteln Barrikaden errichtet. Arbeiterbaracken wurden in Kriegslager verwandelt.

Und als die Armee gerufen wurde, die Barrikaden angegriffen, wurde kein Schuß gefeuert, sondern die Hochrufe Tausender Stimmen drückten die zum Eingriff gezwungenen Soldaten mit „Viva el ejercito" (Hurra lebe das Heer!), und aus den Reihen der Soldaten erschallt der Ruf, welcher tief in die Straßen der Arbeiterviertel hineindrang, „Viva los trabajadores!" (Hurra lebe die Arbeiterschaft!)

Das die Verbreiterung vom Jahre 1909. Es kostete den französischen Imperialisten einen enormen Kraftaufwand, die Revolte zu unterdrücken und zu erstikken. Heute noch ruft die Regierung diese Tatsache im Gedächtnis und plagt derselbe sehr stark, die Reservisten zu den Waffen zu rufen.

Im Jahre 1909 konnten sie die revolutionäre Bewegung niederschlagen, weil Catalunas allein den Kampf führte. In dieser Zeit war es der Regierung möglich, rücksichtslos das Gericht zu verbreiten, daß dieser Aufstand in Catalunas nur auf ein Bestreben vom Reiche gerichtet wäre.

Die Arbeiterschaft von heute.

In jener Zeit wurde die Revolution des arbeitenden Volkes in Sügen, Blut und Unterdrückung erstickt. Aber das Jahr 1921 hat die Regierung vor dieselbe Situation und dasselbe Problem gestellt. Schon klopfen die Mauren an die Pforten von Melilla in Marokko. Die imperialistische spanische Regierung wird gezwungen sein, die Reservisten einzuberufen und wieder einmal der Kriegerischaft Spaniens das Zeichen für den Eintritt in den Kampf gegen den Imperialismus zu geben.

Bald nach der Kriegserklärung im Sommer erklärten die Metallarbeiter von Bilbao einen revolutionären Generalstreik. Er wurde mit den brutalsten Grausamkeiten niedergeworfen. Alle Zeitungen wurden verboten, Hunderte des Gefangenen gemorden oder weggemordet und ungemordet.

Die Verhandlungen gegen diese Arbeiter haben gerade in Granada ihr Ende erreicht und die Grausamkeiten, die während dieser Verhandlungen an die Oeffentlichkeit drangen, sind in der Tat unglaublich. Fettungen wurden konfisziert und verboten wegen der Abdruckes von Berichten über die Gerichtsverhandlungen. Es gibt jetzt nur noch ganz wenige Arbeitszeitungen. Die sozialistischen sind noch die einzigen, welche nicht ganz ausgerottet sind.

In allen Teilen des Landes sind große Rebellionen gewesen. Besonders in Kastilien und Galicien waren zahlreiche Aufstandungen, da die Bauern sich weigerten, ihre Steuern zu zahlen. Ganze Verwaltungsbezirke haben keine Steuereinziehungen vorgenommen. Die Imperialisten lehnen bewilligen gewaltige Kriegskredite für den marokkanische Abenteuer, obgleich der Staat geradezu bankrott ist.

Viele der intelligentesten Arbeiter in den Gefängnissen, die mit den revolutionären Unionen zu tun hatten, sind wenigstens in der jetzigen Weise ermordet worden. Sie sind von weißen Garden herausgeführt und von hinten erschossen worden unter der Vorgabe, daß sie geflüchtet sind. Seitdem diese bestialische Taktik bekanntgeworden, sind die Gefängnisse vor seiten der Arbeiter mit weißlichen Posten Tag und Nacht besetzt, die darauf achten sollen, daß man nicht mehr außerhalb der Gefängnisse, sondern nur innerhalb derselben die Opfer der weißen Justiz morden darf, damit die Regierung keine schmutzigen Aussreden mehr bringen kann. Viele dieser weißlichen Posten sind verhaftet worden, doch die Tatsache ist unerschütterlich.

So ist heute die Lage Spaniens. Chaos und Unzufriedenheit — nichts anderes — sind jetzt auf der Tagesordnung, doch die Welle der Empörung und Revolution ist langsam aber sicher im Steigen begriffen und wird sich voraussichtlich bald in einer starken Explosion Geltung verschaffen.

Aus der kapitalistischen Internationale

Ein Telegramm des Obersten Rates an Lenin.

DA. Berlin, 9. Januar. Die Sowjetvertretung in Berlin erhielt von der russischen Handelsvertretung in Italien folgendes Radiotelegramm vom 8. Januar: Heute abend wurde uns vom Ministerium des Auswärtigen ein Memorandum folgenden Inhalts übersandt: Auf Grund eines Beschlusses des Obersten Rates findet im März in Italien eine finanzwirtschaftliche Konferenz aller Länder Europas statt. Die italienische sowie die englische Regierung sind der Meinung, daß die persönliche Anwesenheit Lenins auf dieser Konferenz erspießlich dazu beitragen würde, die Lösung der Frage des europäischen wirtschaftlichen Gleichgewichts zu erleichtern. Das Ministerium des Auswärtigen bittet, Moskau von diesem Wunsche der italienischen Regierung in Kenntnis zu setzen, damit die Antwort die Meinung nach Cannes übermittelt werden kann.

Ein Telegramm Tschitscherins.

WTB. Cannes, 9. Januar. Tschitscherin hat folgendes Telegramm an den Obersten Rat in Cannes gerichtet:

„Die russische Regierung nimmt mit Befriedigung die Einladung zu der europäischen Konferenz an, die für nächsten März einberufen wird. Eine außerordentliche Sitzung des Hauptvollzugsausschusses wird die Wahl der russischen Delegation vornehmen und wird ihr ausgedehnte Vollmachten übertragen. Auch wenn der Präsident des Rates, der Volkskommissar Lenin, durch seine bisherigen Aktionen, und insbesondere wegen der Hungersnot, verhindert sein sollte, Rußland zu verlassen, so wird in jedem Falle die Delegation sowohl durch ihre Zusammensetzung wie durch die Ausdehnung ihrer Befugnisse vollste Autorität besitzen, als wenn der Bürger Lenin in ihr leitnähme. Nichts wird also auf jeden Fall von seiten Rußlands ein schnelles Arbeiten der Konferenz verhindern."

Interessant ist die Stellung des Zentralorgans der deutschen Sektion Moskaus. Es schreibt:

Es ist ein Symptom für die Stärkung und Konsolidierung der Sowjetmacht, für die erfolgreiche Auswirkung des neuen Wirtschaftskurses, daß die Delegierten des ersten proletarischen Staates in Genua mit den bürgerlichen Diplomaten zusammenkommen.

Für den revolutionäre Proletariat ist die Stärkung der Sowjetunion Internationale naturgemäß bleibende, wie die zum Weltkapital überhaupt, nämlich die des schärfsten rücksichtslosesten Kampfes. Und er kann da vor dem „Bürger" Lenin naturgemäß nicht halt machen.

Aus der Partei

Am Sonntag, den 29. Januar, hält der Bezirksvorstand Sachsen-Anhalt eine Bezirkskonferenz ab.

Provisorische Tagesordnung:

1. Politische Lage.
2. Organisationsfragen.
3. Partei und VKU.
4. Revol. Unterstützungskommission.
5. Jugend.
6. Verschiedenes.

Näheres durch Rundschreiben.

Genossen!

Sammelt für den Pressefonds.

Postscheckkonto: Berlin NW 7, Nr. 490 29.

Mitteilungen

12. Bezirk. Berichtigung. Die Mitgliederversammlung des 12. Bezirks (Schöneberg) findet nicht am Donnerstag, sondern am Mittwoch, den 18. Januar statt.

Spandau-Osthavelland.

Am Freitag, den 13. Januar, abends 7½ Uhr Mitgliederversammlung im „Alpenhaus", Staakener Straße, am Bahnhof West. Erscheinen aller Mitglieder unbedingt erforderlich. Karte legitimiert.

Nachruf.

Am 6. Januar hat unsere Genossin

Ottilie Witte

nach längerem Leiden. Die Einäscherung findet am 13. Januar, nachm. 3½ Uhr in der Gerichtsstraße statt.

Ehre ihrem Andenken!

13. Bezirk der KPD., Charlottenburg.

Nachruf!

Am Sonnabend, den 7. Januar 1922, verschied die Frau des Genossen Zyde. Sie hinterläßt drei kleine Kinder. Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 12. Januar, ½2 Uhr vom Rudolf-Virchow-Krankenhaus nach dem St. Johannes-Kirchhof statt.

Um rege Beteiligung bitten alle Genossen des

5. Bezirks.

Verantwortlicher Redakteur: Heilmann, Köpenick. — Verlag der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands. Inhaber: Emil Gaubert, Charlottenburg. Druck: Max Roster, Berlin, Alexandrinenstraße 110.

3. Jahrg. Nr. 4. Preis 75 Pf.

Kommunistische Arbeiter-Zeitung

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands, Wirtschaftsbezirk Groß-Berlin.

Die Zeitung erscheint zweimal wöchentlich. — Zu beziehen durch die Berliner Bezirksorganisationen, im Straßenhandel und durch den Verlag: Berlin NO 18, Landsberger Str. 6

Redaktion u. Verlag: Berlin NO 18, Landsberger Straße 6 Geöffnet täglich von 9 Uhr vormittags bis 6 Uhr nachmittags

Postscheckkonto für Berlin: Berlin NW 7 Nr. 490 29. — Versand unter Streifband: für Berlin 10.— M., nach auswärts 12.— M. nach dem Ausland 20.— M. monatlich.

Zum 15. Januar

Gedenket eurer Toten — gedenket euer selbst

Viel zuversichtlicher als das Proletariat feiert am 15. Januar die Bourgeoisie den Todestag von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht. Sie feiert ihn als einen Sieg über das Proletariat. Sie feiert ihn als einen Sieg über die Revolution. Sie berauscht sich an diesem Siege mit den grausamsten, bestialischsten Quälereien der gefangenen Revolutionäre in den Zuchthäusern. Sie feiert den Jahrestag ihres großen Sieges, wie sie ihn damals gefeiert hat, mit Gesängelagen und Schreibtischtänzen. Sie glaubt die Revolution für immer niedergeworfen und — „Vae victis!" (Wehe dem Besiegten!)

Die Januartage 1919 bildeten den Höhepunkt der deutschen Revolution. Die revolutionären Arbeiter Berlins, sie waren im Begriff, den Kapitalismus an der Wurzel zu treffen. Sie begnügten sich nicht mehr mit allgemeinen Phrasen. Sie hatten begriffen, daß nur die Tat Erfüllung bringen kann — selbstverständlich die Tat. Sie [illegible] die einzige wirksame Parole, die da lautete: Sturz der Regierung Ebert-Scheidemann — Diktatur des Proletariats — Revolution.

Das revolutionäre Proletariat, es wurde im ersten Ansturm niedergeworfen. Tausende in bestialischer Weise ermordet oder in die Zuchthäuser geschleppt. Der ersten Niederlage folgten weitere; Bayern, Ruhrgebiet, Mitteldeutschland usw. Rückschauend auf die Januartage trägt dieser Abschnitt die heute die Ueberschrift: Niederlage der Revolution. Es ist keine Ueberschreibung, auszusprechen: die Revolution hat ihren tiefsten Punkt erreicht. Die Widerstandskraft des Proletariats kann schlechterdings nicht mehr geringer, die Herrschaft der Bourgeoisie und ihrer Gewerkschaften kaum brutaler zutage treten.

Dies gilt naturnotwendig nicht nur für Deutschland, sondern für die Weltrevolution. Die Vorhut des deutschen Proletariats kämpfte 1919 in einem Augenblick, in dem das russische Proletariat schon Bresche geschlagen hatte und dadurch die Position der kämpfenden Arbeiter auch in Deutschland erleichterte. Ein Volk gewaltiger Verbündeter wie das russische Proletariat fiel schwer in die Waagschale, hätte bei Eroberung der Macht die Sicherung derselben ungemein erleichtern können, gegenseitig erleichtern können. Die Niederlage der deutschen Proletarier, die in den Januartagen verbluteten, war nicht nur die Niederlage des deutschen, sie war auch die Niederlage des russischen, des gesamten Weltproletariats, dank der Passivität großer Teile der deutschen Arbeiter und dank der Henkersdienste der Gewerkschaften, deren Armee in Reih und Glied aufmarschiert mit Bluendorf und Genossen unter der schwarzweißroten Flagge gegen die Revolution, gegen ihre eigenen Klassengenossen.

Nur unter diesen Umständen konnte es kommen, wie es gekommen ist, kommen mußte. Wo die Parole nicht lautet: Revolution, da muß sie eben lauten: Konterrevolution. Wo die Revolution nicht in kühnem, unüberwindlichem Sturmlauf alles überwindet, muß dies die Konterrevolution tun. Und ebensowenig, wie die proletarische Revolution nicht im nationalen Rahmen siegen kann, kann dies das Kapital. Und das Kapital hat — vorerst wenigstens — zu siegen vermocht. Es hat die russische Revolution lauldiert. An Stelle der kämpfenden Arbeiterinternationale ist die Internationale des Kapitals getreten. Ihr angeschlossen sind die Amsterdamer und deren Anhängsel, die Moskauer Internationale.

Dies in seiner ganzen Tragweite zu erkennen ist eine unumgängliche Notwendigkeit, heute mehr denn je. Die Ursachen dieser Entwicklung bloszulegen und die furchtbare Gefahr, die für die Arbeiterklasse besteht, wenn sie die Kraft nicht aufbringt, diese Ursachen mit der Wurzel auszurotten, ist eine Lebensfrage für die Arbeiterklasse, für die Revolution. In Genua hat man eben die Vorbereitungen getroffen für eine weitere Knebelung des Proletariats als Vorbedingung für den kapitalistischen Aufbau. In Genua wird der Ring vollends geschlossen sein. Rußland, das seine Wirtschaft dem Kapital ausliefert, stellt sich damit offen an die Seite des „Wiederaufbaus", unter Bedingungen, die auch das russische Proletariat einreiht in die Armee des ausgebeuteten Weltproletariats und die Bolschewiki zur kapitalistischen Regierungspartei machen. Hier helfen keine demagogischen Kunststücke Radeks. Hier helfen auch keine dienerhaften Nachbetereien „marxistischer" Papagelen der deutschen Sektion, die jetzt entdeckt, daß sie für eine „Arbeiterregierung" eintreten muß, die aber in ihrem Maiaufruf 1921 noch folgende Sätze schrieb: „Die Arbeiterklasse steht vor einem Entweder — Oder. Entweder Kampf um politische Macht oder Bankerott und Einschwenkung in die herrschende Regierungspolitik. Dieselbe Situation dauert seit Ausbruch des Krieges und heute, angesichts des Friedensproblems, hält die Geschichte der europäischen Arbeiterklasse mit der Unerbittlichkeit eines Wucherers denselben Schuldschein vor: Ja, die Brust, so sagt der Schein!" Es mag an dieser Stelle genügen, der KPD. den Spiegel vorzuhalten, und zwar deswegen, weil sie infolge ihres Bankerotts den Todesheim in sich trägt und deswegen keine merkliche Gefahr mehr für die Arbeiterklasse ist.

In einer solchen Lage, wo der Sumpf und der Verrat alles zu überwuchern droht und das Weltkapital sich anschickt, das Proletariat in die Barbarei zurückzuwerfen, wo die Rattenfigkeit im Proletariat aufs höchste gesteigert ist, wo die Verzweiflungsschreie gefolterter Revolutionäre unerhört verhallen, für Rosa Luxemburg ein besonderes Wort.

Rosa Luxemburg war unstreitig neben der kühnsten Kämpferin einer der genialsten, schärfsten und größten Köpfe, die die Arbeiterbewegung hervorgebracht hat. Nichts war ihr mehr verhaßt als irgendwelche Harmoniedusel. Im gemeinsamen Kampfe mit Liebknecht, Franz Mehring, Leo Jogiches usw. war sie stets diejenige, die jeden Gedanken bis in die letzten Konsequenzen spann und aussprach. Rosa Luxemburg, die heute von Stamper bis Wertsch durch die Gassen geschleift, als Kronzeuge rekriminiert und deren Arbeiten stückweise, gleich Fleisch von einem lebenden Körper, aus dem Zusammenhang gerissen, von ihnen zitiert werden, um ihren Verrat zu rechtfertigen, hat mit aller Schärfe und Unzweideutigkeit und mit zwingender Logik die Sackgasse, in die die Gewerkschaften und Genossenschaften das Proletariat hineinführen, aufgezeigt. Rosa Luxemburg, die bestgehaßte Frau aller Gewerkschaftsbonzen, hat den unheilvollen Irrtum des „gewerkschaftlichen" Kampfes vor Augen geführt und nachgewiesen, daß die Gewerkschaften die Lohnarbeit nicht aufheben können, sondern sie höchstens in den jeweilig „normalen" Schranken halten können. Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht haben mit aller Deutlichkeit gegen die „Realpolitik" von der „Einigkeit" Stellung genommen und ihre Aufgabe stets darin gesehen, aus dem Born der Erfahrung die Massen der Revolution schmieden zu helfen für das Proletariat. Keinen Augenblick zögernd, stets kritisch war die Aufgabe dieser großen Toten: die Initiative der Proletarier wachzurufen, ihr Selbstbewußtsein zu fördern, sie voll zu machen, ihre Geschicke selbst in die Hand zu nehmen, um das, was die russischen Proletarier lehrten, die russische Revolution gehen, die Waffe der Revolution, die Mitte, im Kampfe mit dem Kapital zu erobern und zu führen.

Heute in dieser scheinbaren Ausweglosigkeit rufen wir den Proletariern zu: Denkt an eure Toten — und denkt an euch selbst!

Am Dienstag, den 17. Januar, abends 7 Uhr allgemeine Mitgliederversammlung Groß-Berlin in Böhers Festsälen, Weberstraße 17. Mitgliedskarte legitimiert.

Rosa Luxemburg und die Bolschewiki

IV.

Rosa Luxemburgs hinterlassene Kritik an der Politik der Bolschewiki bis zum Sommer 1918 widmet der Agrarfrage einen ganzen Abschnitt. Einen Abschnitt, der Grundlegendes enthält über dieses schwierigste Problem der proletarischen Revolution. Sie zeigt als die beiden Voraussetzungen sozialistischer Umgestaltung der Agrarverhältnisse erstens die Ueberführung des Großgrundbesitzes in Gemeineigentum, zweitens die Aufhebung der Trennung zwischen Landwirtschaft und Industrie.

Wiederum stellt sie fest, daß niemand den Bolschewiki einen Vorwurf daraus machen könne, daß sie diese Aufgaben nicht erfüllen konnten. Aber ebenso deutlich spricht sie aus, daß die bolschewistische Parole, Aufteilung des Bodens an die Bauern" der gewollten sozialistischen Umgestaltung entgegenwirken mußte. „Sie ist nicht nur keine sozialistische Maßnahme, sondern sie schneidet den Weg zu einer solchen ab."

Wer vermag heute zu sagen, ob die Bolschewiki ohne diese Maßnahme hätten liegen können. Wir glauben, daß diese Frage auf keine Weise bündig, mit Ja oder Nein, beantwortet werden kann. Wohl aber kann zweierlei festgestellt werden: Einmal war diese Bauernpolitik die Politik einer Koalition mit einer unproletarischen Klasse; denn beständige Landarbeiter zwar sind Proletarier, Kätner, Zwergbauern, Existenzen, die ohne Lohnarbeit für den Großagrarier oder den Heimarbeitverleger nicht leben können, sind Proletarier, — aber Bauern, die von ihrem Stückchen Land leben können, sind keine Proletarier mehr, auch wenn sie schlecht leben; sie streben nach Erhaltung und Ausdehnung des Privateigentums. Die Bolschewiki machten ein taktisches Bündnis, eine Koalition mit unproletarischen Elementen, indem sie zugleich die Zahl dieser Elemente (durch die Aufteilung des großen Besitzes) vermehrte und ihren unproletarischen Charakter stärkte. Die Taktik der Koalition hat hier ihren Rückschlag erlitten in demselben Moment, in dem das Interesse der Bauern und Arbeiter am Sieg über die junkerliche Konterrevolution aufhörte, ein gemeinsames Interesse zu sein — weil nämlich der gemeinsame Feind geschlagen und erledigt war. Der Sieg der Roten Armee über Wrangel gebar mit Notwendigkeit aus sich den Sieg der privatkapitalistischen Bauern über die kommunistischen Arbeiter. Auch hier zeigt sich: Jede Koalitionspolitik ist schließlich das Verderben des kämpfenden Proletariats, selbst dann, wenn sie sich in revolutionärer Form abspielt. Daß die revolutionäre Tat der deutschen und westlichen Arbeiter ausblieb, ist freilich wahr, niemand und nichts kann sie von dieser schweren Verantwortung losprechen. Aber auch, wenn sie gekommen wäre, so hätte sie die Ergebnisse der bolschewistischen Agrarpolitik als eine Erschwerung, nicht als eine Erleichterung ihrer Lebensbedingungen vorgefunden.

Zweitens aber kann man wohl ruhig aussprechen: Unter den vielen Unsinnigkeiten der bolschewistisch geleiteten Politik der Dritten Internationale sind ihre Vorstellungen von revolutionärer Agrarpolitik in Westeuropa vielleicht der Gipfel des Unsinns. Man kann in aller Ruhe einen hohen Preis in Schweiger Franken auswerfen für denjenigen, der z. B. in Deutschland einen einzigen revolutionären Bauern lebendig auf den Tisch der Redaktion niederlegt. Daß in den Aufrufen der Moskauer Exekutive immer wieder an die Kleinbauern gedacht wird, das ist allmählich ein Witz, über den nicht einmal die Hühner lachen können. Der politische Kern davon aber ist nicht anderes als der große Massenbetrug der Möglichkeit einer proletarisch-revolutionären Koalitionspolitik, eines proletarischen Siegesmarsches auf den Krücken der unzufriedenen, anarchistisch gesinnten Kleinbürger. Dort, wo die bürgerliche Revolution ihre volle Ausmachung hinter sich hat, wo die soziale, die proletarische Revolution auf der Tagesordnung steht, ist so etwas nicht möglich, und alle Versuche in dieser Richtung liefern schließlich die Arbeiterklasse dem „Koalitionsgenossen", dem Klassenfeind aus.

V.

Wie die Bolschewiki das „Selbstbestimmungsrecht der Nationen" in Brest-Litowsk als diplomatische Waffe handhabten